

AFFÄREN

## Projekt „Ingolstadt“

Staatsanwälte in Augsburg prüfen das Teilgeständnis des Ex-Rüstungsstaatssekretärs im Verteidigungsministerium, Ludwig-Holger Pfahls, auf Plausibilität. Unterlagen aus den Ermittlungsakten stützen Pfahls' Version. Der frühere CSU-Politiker ist wegen Bestechung und Steuerhinterziehung angeklagt. Er soll laut Anklage von dem nach Kanada geflüchteten Geschäftsmann Karlheinz Schreiber 3,8 Millionen Mark Schmiergeld für ein Panzergeschäft nach Saudi-Arabien erhalten haben. Eingezahlt wurde das Geld auf ein Schweizer Konto mit dem Decknamen „Holgart“. Laut Pfahls bekam er allerdings das Geld für politische Unterstützung bei drei oder vier Rüstungsprojekten auf ein ihm unbekanntes Konto in der Schweiz: Es habe sich dabei um ein Ge-



Pfahls

meinschaftsprojekt von Thyssen und dem US-Unternehmen General Dynamics, die Lieferung zweier U-Boote nach Israel 1991 sowie die Lieferung nach Saudi-Arabien beziehungsweise ein geplantes Rüstungsprojekt in Kanada gehandelt.

Tatsächlich finden sich in dem sicherstellten Kalender von Schreiber aus dem Jahr 1991 Hinweise auf alle Projekte: So gibt es Eintragungen zu U-Boot-Geschäften sowie die Kürzel „U-Isr“ und „U“. Unter dem Datum 17. August 1991 splittet Schreiber die 3,8 Millionen Mark in drei Tranchen auf: 2 Millionen für das Projekt „Ingolstadt“ – mögliches Synonym für Saudi-Arabien, weil in der bayerischen Stadt eine Raffinerie steht. Eine Million ist mit dem Kürzel „US“ versehen – wahrscheinlich für das US-Geschäft. 800 000 Mark werden „U“ zugeordnet. Über den Verbleib der 3,8 Millionen Mark machte Pfahls keine Angaben. Er habe 1991 und 1992 lediglich 870 000 Mark von Schreiber in drei Tranchen bar erhalten.

So habe der ihm an seinem Geburtstag, dem 13. Dezember 1991, in einem Umschlag 250 000 Mark überreicht. Der Lobbyist notierte einen Tag vor Pfahls' Geburtstag in seinem Kalender: „Holgart 3,5/250“.

AARON HARRIS / DPA (O); DIETHER ENDLICH / AP (L)

Schreiber

JUSTIZ

## Großer Lauschangriff zu klein

In der Debatte um den „Großen Lauschangriff“ wird der Bundesrat an diesem Freitag wohl den Vermittlungsausschuss anrufen: Neun Justizministerien CDU geführter Länder sowie Brandenburgs haben jetzt gegen den Entwurf von Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) Einwände erhoben. Zypries will mit ihrem Gesetzentwurf, dem der Bundestag Mitte Mai zugestimmt hat, die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umsetzen. Die Richter hatten die akustische Wohnraumüberwachung zwar grundsätzlich für verfassungs-



Zypries

gemäß erklärt, aber gleichzeitig auch Regelungen gefordert, die Gespräche zwischen Verwandten, Freunden und Ehepartnern, die keinen Bezug zur Straftat haben, vor den Ohren der Polizei schützen. In einem solchen Fall sollen die Fahnder, die in der Regel live mithören, nach dem Zypries-Entwurf unverzüglich das Abhören unterbrechen. Vielen Justizministern gehen dagegen die Abhörregelungen nicht genug: „Dieses Gesetz ist so nicht praxistauglich“, sagt der baden-württembergische Justizminister Ulrich Goll (FDP). Goll fordert, dass auch bei dem Verdacht auf schwerwiegender Sexualdelikte abgehört werden darf. Bayern und Hessen wollen zudem bandenmäßige Geldkartenfälschung und den besonders schweren Fall der Bildung krimineller Vereinigungen in den Katalog aufnehmen. Der Gesetzgeber muss sich bei der Abstimmung sputen: Das Bundesverfassungsgericht hat ihm eine Frist bis zum 30. Juni gesetzt. Wenn die Vorgaben der Richter nicht rechtzeitig umgesetzt werden, sind die alten Regelungen nicht mehr anwendbar. Ohne neues Gesetz dürfen zur Strafverfolgung keine Wohnungen mehr abgehört werden.



Brandenburger Blütenfund

BRANDENBURG

## Verlorene Blüten

Brandenburgs Polizei ist bei ihren Ermittlungen gegen eine Euro-Fälscherbande eine peinliche Panne unterlaufen. Ende vergangenen Jahres war in einer ehemaligen Gärtnerei im märkischen Caputh eine Fälscherwerkstatt aufgeflogen (SPIEGEL 53/2004), in der nach Einschätzung der Experten der Deutschen Bundesbank versucht wurde, Euro-Noten herzustellen, die für den „Zahlungsverkehr eine erhebliche Gefahr“ dargestellt hätten. Die Polizei nahm es mit der Spurenicherung allerdings nicht sehr genau: Vergangene Woche entdeckten Mitarbeiter einer Entsorgungsfirma auf dem Gelände zwei Umschläge mit Hunderten gefälschter 50-Euro-Noten, zum Teil halbseitig bedruckt, einige sogar bereits mit Sicherheitshologramm versehen. Der Pächter der Gärtnerei, selbst Beschuldigter, über gab die heiße Ware der Polizei. Die hatte den Tatort bereits mehrfach durchsucht.